## PIOTR KOŁAKOWSKI

## REVOLUTIONÄRE AVANTGARDE

## DER NKVD IN DEN POLNISCHEN OSTGEBIETEN

Am 17. September 1939 überschritten Truppen der Roten Armee die Grenze und besetzten die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik unter Berufung auf den Ribbentrop-Molotov-Pakt. Hinter den Rotarmisten rückten operative Sondereinheiten des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKVD) nach. Diese bestanden aus insgesamt zehn Untergruppen, von denen vier in den Gebieten des westlichen Weißrusslands und sechs in der Westukraine tätig waren. Die NKVD-Sondereinheiten setzten sich aus erfahrenen Mitgliedern des staatlichen Sicherheitsapparats der UdSSR zusammen. Darüber hinaus teilte man jeder Untergruppe ein eigenes Soldatenbataillon zu. Die Hauptaufgabe dieser Operationsgruppen (sog. *Opergruppen*) bestand in der Sicherung der wichtigsten militärischen und zivilen Objekte sowie der Archivgebäude.

Die NKVD-Funktionäre nahmen auf Anweisung des Volkskommissars für innere Angelegenheiten, Lavrentij Berija, auch zahlreiche Verhaftungen vor, denen Vertreter der polnischen Staatsverwaltung, Aktivisten politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen sowie Angehörige von Justiz, Nachrichtendiensten und Staatspolizei zum Opfer fielen. Die Festnahmen erfolgten teilweise auf der Basis von Personenlisten, die vom politischen Geheimdienst der Sowjetunion noch vor dem Überfall auf Polen erstellt worden waren. Die Anführer der *Opergruppen* wurden ferner angewiesen, in allen größeren Ortschaften der besetzten ostpolnischen Gebiete eigene NKVD-Dienststellen zu bilden, wobei man einige Funktionäre aus den jeweiligen Basiskadern aussonderte.<sup>1</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> IGOR ILUSZYN, Utworzenie i działalność operacyjno-czekistowskich grup NKWD w zachodnich obwodach Ukrainy we wrześniu – październiku 1939 r., in: Polski wrzesień 1939 r. – wojna na dwa fronty. Materiały z międzynarodowej konferencji naukowej, hg. v. HENRYK STAŃCZYK, Piotrków Trybunalski 2000, S. 61-64; Śladem zbrodni katyńskiej, hg. v. ZUZANNA GAJOWNICZEK u. a., Warszawa 1998, S. 15-17; PIOTR KOŁAKOWSKI, NKWD i GRU na ziemiach polskich 1939–1945, Warszawa 2002, S. 57-59.

Die *Opergruppen* des sowjetischen Sicherheitsapparats erzielten nach Einschätzung der Moskauer Zentrale bedeutende Erfolge. Denn bis 1. Oktober 1939 konnten allein auf westukrainischem Gebiet insgesamt 3.914 Personen verhaftet werden.<sup>2</sup> Auch die im westlichen Weißrussland agierenden NKVD-Sondergruppen nahmen zahlreiche Vertreter der polnischen Eliten sowie Angehörige und Mitarbeiter des militärischen Nachrichtendienstes beziehungsweise der Sicherheitsorgane der Zweiten Polnischen Republik in Gewahrsam. So ließ etwa Nikolaj Skrjabin, der Leiter der NKVD-Operationsgruppe in Baranowicze, 183 Personen verhaften und beschlagnahmte 600 Einzelwaffen, wobei er zahlreiche Agenten der Zweiten Generalstabsabteilung der Polnischen Armee aufspürte.<sup>3</sup> Dagegen nahm Generalmajor Vjačeslav Gridnev, der Befehlshaber der Operationsgruppe Wołkowysk, am 18. September 1939 in Nieśwież Fürst Radziwiłł fest.<sup>4</sup> Bis November 1939 ruhte die Hauptlast der Tschekistentätigkeit in den besetzten Ostgebieten Polens auf den *Opergruppen* des NKVD.

In der polnischen Bevölkerung wurde die sowjetische Besatzungsmacht anfangs eher unterschätzt. Der damalige Oberstleutnant und spätere Divisionsgeneral der Polnischen Armee, Klemens Rudnicki, beschrieb diese Stimmungslage in seinen Memoiren rückblickend wie folgt:

"Es herrscht die allgemeine Überzeugung, dass so etwas Dummes und Ungeschicktes, wie dies die Bolschewiki und ihre Herrschaftsträger präsentieren, nicht von Dauer sein kann. […] Dass von Zeit zu Zeit irgendein Bekannter verhaftet wird und hinter Gefängnismauern verschwindet, ruft bei niemandem besonderes Entsetzen hervor. Die Verhaftungen erscheinen ganz zufällig."<sup>5</sup>

Man wusste jedoch nicht, dass der NKVD sehr gut organisiert war und seine Machtsstrukturen in den besetzten polnischen Ostgebieten systematisch ausbaute. Der sowjetische Sicherheitsapparat besaß ferner große Routine beim Kampf mit sog. "Staatsfeinden". Diese in der Zwischenkriegszeit erworbenen Erfahrungen wurden nach Kriegsausbruch 1939 gezielt dazu genutzt, die konspirative Unabhängigkeitsbewegung in Polen zu zerschlagen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 61.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Dazu die komparative Regionalstudie zu Baranowicze von ALEXANDER BRAKEL, Unter Rotem Stern und Hakenkreuz. Baranowicze 1939 bis 1944. Das westliche Weißrussland unter sowjetischer und deutscher Besatzung, Paderborn u. a. 2009.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> KRZYSZTOF JASIEWICZ, Pierwsi po diable. Elity sowieckie w okupowanej Polsce 1939–1941. Warszawa 2001. S. 127.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Zitiert nach KLEMENS RUDNICKI, Na polskim szlaku. Wspomnienia z lat 1939–1947, Warszawa 1990, S. 60.

Am 2. November 1939 erteilte Berija den Befehl, den NKVD auch im westlichen Weißrussland organisatorisch zu etablieren. Demzufolge wurden auf diesem Gebiet vier NKVD-Dienststellen für die Verwaltungsbezirke Białystok, Pińsk, Nowogródek und Wilna gebildet, denen die dortigen NKVD-Abteilungen auf Stadt- und Kreisebene unterstanden. Am 29. November 1939 setzte man ferner eine NKVD-Verwaltung für den Bezirk Brest ein, wobei anstelle des inzwischen aufgelösten Bezirks Nowogródek der Bezirk Baranowicze entstand.<sup>6</sup> An der Spitze der NKVD-Verwaltungen in den besetzten polnischen Gebieten der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik standen folgende Personen: in Białystok - Major Pëtr Gladkov, in Baranowicze - Oberst Aleksandr Misurov, in Brest -Hauptmann Aleksej Sergeev, in Pińsk - Hauptmann Sergej Duchovič und in Wilna - Hauptmann Andrej Sokolov. Die neu geschaffenen NKVD-Behörden im westlichen Weißrussland setzten sich zu Beginn der militärischen Handlungen gegen Polen aus insgesamt 650 Funktionären zusammen. Im Herbst 1939 entsandte Berija weitere 205 NKVD-Mitarbeiter in diese Gebiete.8

Die Organisation der NKVD-Strukturen in der Westukraine erfolgte auf Anweisung des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten vom 6. November 1939, kraft derer für die Verwaltungsbezirke Lemberg, Luzk, Stanislau und Tarnopol eigene NKVD-Dienststellen geschaffen wurden. Diesen unterstanden 56 Kreisabteilungen des NKVD. Geleitet wurden sie von folgenden Personen: Lemberg – Hauptmann Krasnov (Nachfolger ab März 1940 Major Sergienko); Stanislau – Hauptmann Michajlov; Tarnopol – Aleksandr Vadis; Luzk – Hauptmann Krutov. Im September 1939 agierten auf dem Territorium der Westukraine insgesamt 726 Angehörige der sowjetischen Sicherheitsorgane. Vorübergehende personelle Engpässe glich man durch die Hinzuziehung weiterer NKVD-Funktionäre aus. Darüber

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Im November 1939 teilte man die von der UdSSR annektierten polnischen Gebiete in Verwaltungsbezirke auf, die die bisherigen Wojewodschaften ersetzten. Im Januar 1940 wurden anstelle der Landkreise spezielle Rayons (russ. *rajony*) geschaffen, die kleinere territoriale Einheiten umfassten.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Zachodnia Białoruś 17 września 1939 r. – 21 czerwca 1941 r. Wydarzenia i losy ludzkie. Bd. 1: Rok 1939, hg. v. BERNADETTA GRONEK u. a., Warszawa 1998, S. 388; JASIEWICZ, Pierwsi, passim; ALBIN GŁOWACKI, Kto był kim w NKWD w latach 1939–1941, in: My Sybiracy 5 (1994), S. 45-55, hier S. 51.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Kołakowski, NKWD, S. 70.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> GLOWACKI, Kto był kim w NKWD, S. 51; GRZEGORZ MAZUR, Polityka sowiecka na "Zachodniej Ukrainie" 1939–1941. Zarys problematyki, in: Zeszyty Historyczne 130 (1999), S. 68-95, hier S. 75; GRZEGORZ HRYCIUK, Polacy we Lwowie 1939–1944. Życie codzienne, Warszawa 2000, S. 30 f.

hinaus wurden 200 Mitglieder der NKVD-Grenzschutztruppen in die Westukraine verlegt. <sup>10</sup>

Die Planungen im Herbst 1939 sahen vor, in den besetzten Ostgebieten Polens insgesamt 2.758 Personen für den sowjetischen Sicherheitsapparat arbeiten zu lassen, davon 1.172 in den Behörden des westlichen Weißrusslands und 1.586 in den Ämtern der Westukraine. Hauf letzterem Territorium wurden am 13. Dezember 1939 zwei weitere Bezirksverwaltungen gegründet: Drohobycz und Rowno. Nach der Besetzung Litauens durch die Rote Armee ordnete Berija am 31. August 1940 die Bildung einer NKVD-Verwaltung für die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik in Kaunas an, der 22 NKVD-Behörden vor Ort unterstellt wurden, darunter auch die Stadt Wilna. 12

Die NKVD-Organe funktionierten nach dem Prinzip der strikten Zentralisierung. Ihre Hauptaufgabe in den besetzten Ostgebieten Polens bestand in der Festigung der kommunistischen Herrschaftsgewalt und der Bekämpfung sämtlicher Formen von Widerstand gegen die vom Kreml eingeführte neue Ordnung im Lande. Die einheimischen Bewohner der Westukraine und des westlichen Weißrusslands wurden daher von Beginn an strengen Kontrollen seitens der sowjetischen Sicherheitsorgene unterzogen. <sup>13</sup>

In den Anfangsmonaten des Jahres 1941 unterlag die Organisation des sowjetischen Sicherheitsapparats tiefgreifenden Veränderungen. Der NKVD gliederte am 3. Februar 1941 die Abteilung "Staatssicherheit" (Glavnoe Upravlenie Gosudarstvennoj Bezopasnosti – GUGB) aus, die fortan unter der Bezeichnung "Volkskommissariat für Staatssicherheit" (Narodnyj Komissariat Gosudarstvennoj Bezopasnosti – NKGB) weiterwirkte. 14 Diese Reformmaßnahme sollte die Funktionsweise des Sicherheitsapparats und politischen Nachrichtendienstes der UdSSR optimieren. Zum NKGB-Chef stieg der verdiente "Tschekist" Vsevolod Merkulov auf.

Der NKGB baute seine organisatorischen Strukturen in den Bezirksverwaltungen stark aus, so dass diese in der Regel folgende Strukturelemente aufwiesen: Chefsekretariat, Auslandsaufklärung, Spionageabwehr, Infor-

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 70.

ALBIN GŁOWACKI, Organizacja i funkcjonowanie więziennictwa NKWD na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej w latach 1939–1941, in: Zbrodnicza ewakuacja więzień i aresztów NKWD na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej w czerwcu – lipcu 1941 roku. Materiały z sesji naukowej w 55. rocznicę ewakuacji więźniów NKWD w głąb ZSRR, Łódź 10 czerwca 1996 r., Warszawa 1997, S. 12-55, hier S. 13.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Ebd., S. 14.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 71.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Ebd., S. 132; Organy gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR v Velikoj Otečestvennoj Vojne. Sbornik dokumentov, Bd. 1, kn. 2, Moskva 1995, S. 41.

mationsbeschaffung und Personenerfassung, Geheimpolitik, Ermittlungen, Sonderabteilung, Transportsicherung, Chiffrier- und Nachrichtendienst, Personalwesen sowie Wirtschaft und Verwaltung. Seit Februar 1941 trug der NKGB die Hauptlast im Kampf gegen die polnische Untergrundbewegung.

Die ersten von den sowjetischen Sicherheitsorganen im Herbst 1939 eingeleiteten Verhaftungen hatten präventiven Charakter. Sie zielten vor allem darauf ab, die polnische Bevölkerung einzuschüchtern und ihrer bisherigen Eliten zu berauben. Der NKVD wollte dabei um jeden Preis alle Schichten der Gesellschaft durchdringen. Zahlreiche soziale und ethnische Gruppen wurden daher zur Kollaboration ermuntert, indem man ihnen bestimmte Privilegien in Aussicht stellte.

Aus der Sicht der sowietischen Machthaber waren die intensiven Aktivitäten des polnischen Untergrunds besonders bedrohlich. Daher konzentrierte sich die Tätigkeit des NKVD von Anfang an auf die konspirative Unabhängigkeitsbewegung. Die sowjetischen Sicherheitsorgane befassten sich vorrangig mit dem Aufbau von Spionagenetzen innerhalb der einheimischen Bevölkerung, das sich bald als überaus effizient erwies und systematisch erweitert wurde. Unter den dabei gewonnenen Agenten befanden sich auch Mitglieder konspirativer Organisationen, die den brutalen Untersuchungsverhören nicht standhielten und um den Preis der Kooperation mit dem NKVD vorzeitig aus der Haft entlassen wurden. Der Kollaboration mit dem sowietischen Nachrichtendienst stimmten vor allem Personen zu. denen die Gefangennahme oder Deportation - samt Familie - ins Landesinnere der UdSSR drohte. Unter den Informanten überwogen Menschen jüdischer, weißrussischer oder ukrainischer Abstammung. Der Anteil der Polen, die dem sowjetischen Sicherheitsapparat vertrauliche Nachrichten zukommen ließ, war in den ethnisch polnischen Gebieten verhältnismäßig groß. Die Betreffenden entstammten hauptsächlich kommunistischen Kreisen. Zu den Informanten gehörten aber auch gesellschaftliche Außenseiter oder mittellose Menschen, die sich in ihrem Handeln vom Streben nach materiellem Besitz oder sozialer Anerkennung in den Augen der sowjetischen Besatzungsmacht leiten ließen. Für eine Kollaboration mit dem NKVD entschieden sich ferner völlig verarmte Einzelpersonen, wie zum Beispiel Ehefrauen von Armeeoffizieren und Polizisten, die ihre umfangreichen Kenntnisse über lokale Milieus zur Gewinnung wertvoller Nachrichten nutzten.16

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> JASIEWICZ, Pierwsi, S. 115 ff.

Archiv der Forschungsstelle zur Geschichte der Bauernpartei-Bewegung, Warschau (AZHRL) Aktensammlung Prof. Kot, Sign. 97, "Die politisch-wirtschaftliche Situation der Polen und übrigen Bewohner der ehemaligen östlichen Wojewodschaften der Zweiten

Anfang Dezember 1939 kam es in den NKVD-Verwaltungsbezirken der Westukraine erstmals zu großangelegten "präventiven" Verhaftungsaktionen gegenüber dem Offizierskader der Polnischen Armee und Mitgliedern konspirativer Organisationen. Dabei unternahm man erstmals den Versuch, die polnische Untergrundbewegung weitgehend zu desintegrieren. Allein im Bezirk Lemberg wurden 227 Personen festgenommen. Die Intensität der damaligen Unterdrückungsmaßnahmen war in allen Verwaltungsbezirken auffallend ähnlich, was von einer rechtzeitigen Vorbereitung dieser Aktivitäten zeugt. Bis zum 10. Dezember 1939 gelang den NKVD-Funktionären die Verhaftung von insgesamt 1.544 Personen in diesen Gebieten. <sup>17</sup> Infolgedessen wurde die polnische Untergrundbewegung in der Westukraine erheblich geschwächt.

Einen destruktiven Einfluss auf die weitere Entwicklung der polnischen konspirativen Organisationen übte die Einberufung von Jugendlichen in die Rote Armee aus. Diese Maßnahme war eine Konsequenz der zwangsweise an alle Bewohner der annektierten Gebiete Ostpolens verliehenen sowjetischen Staatsbürgerschaft. Nach einschlägigen Schätzungen befanden sich in den Jahren 1939 bis 1941 unter den Streitkräften der UdSSR ca. 210.000 Rekruten aus dem westlichen Weißrussland und der Westukraine. <sup>18</sup>

Der NKVD ging bei den Verhaftungen auf perfide Weise vor, indem er die Zwangsregistrierung der einheimischen Bevölkerung anordnete und an alle Arbeitskräfte appellierte, die infolge der Kriegshandlungen eingestellte berufliche Tätigkeit wiederaufzunehmen.<sup>19</sup> In letzterem Fall ging es vor allem um Staatsbedienstete, Richter und Staatsanwälte. Die NKVD-Funktionäre forderten diejenigen Personen, denen ihr besonderes Interesse galt, zunächst zu bloßen Verhören auf, um angeblich nur Fragen von geringfügiger Bedeutung zu klären. Anschließend stellte man die Betreffenden jedoch überraschenderweise unter Arrest. Es fällt auf, dass die Festnahmen in der Anfangsphase der sowjetischen Besatzungsherrschaft mit großem Elan und teilweise aus rein zufälligen Erwägungen durchgeführt wurden. Diese Vorgehensweise resultierte in erster Linie aus den noch ungenauen Kenntnissen des NKVD über die in den besetzten polnischen Ostgebieten herr-

Polnischen Republik 1944"; MAREK WIERZBICKI, Zjawisko denuncjacji podczas okupacji sowieckiej ziem północno-wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941, in: Studia Historyczne 41 (1998), H. 2, S. 222-236, hier S. 223-226; JERZY LERSKI, Emisariusz "Jur", Warszawa 1989, S. 8.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> GAJOWNICZEK, Śladem zbrodni katyńskiej, S. 23; KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 79.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> ZBIGNIEW S. SIEMASZKO, W sowieckim osaczeniu 1939–1941, Londyn 1991, S. 103.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Die Listen der zur Festnahme vorgesehenen Personen fertigte man mit Hilfe der aus polnischen Behördenarchiven und staatlichen Einrichtungen übernommenen Dokumente. Der NKVD gewann ferner zahlreiche Informationen von den Kommandostellen der Arbeiter- und Bauernmiliz sowie von anderen Organen der kommunistischen Staatsgewalt.

schende Lage vor Ort. Die Verhaftungen erfolgten ferner vor dem Hintergrund der zunehmenden organisatorischen Verwurzelung des sowjetischen Sicherheitsapparats – darunter vor allem der Spionagenetze – im Lande.<sup>20</sup>

Die in Gewahrsam genommenen Personen wurden entweder unter vorläufigen Arrest gestellt oder unverzüglich in das nächstgelegene Gefängnis überführt. Dabei wurden die Betreffenden einer ausführlichen, oftmals demütigenden Leibesvisitation unterzogen. Der Arrest war lediglich von vorübergehender Dauer, da die festgehaltenen Personen nach einiger Zeit in ein Untersuchungsgefängnis verlegt wurden, wo die eigentlichen Verhöre stattfanden. Diese verliefen gemäß einem sorgfältig vorbereiteten Szenario. Anfangs wandte man bei der Aufforderung zu einem Schuldbekenntnis bewusst noch keine Gewalt an. Die verhörten Personen mussten stattdessen mehrmals ihren bisherigen Lebenslauf schildern, wobei man auch Konfrontationen mit anderen Zeugenberichten miteinbezog. Wenn sich die Betreffenden dennoch zu keiner Schuld bekannten, wurde anschließend psychischer Druck auf sie ausgeübt, indem man unter anderem mit der Erschießung oder Verhaftung der gesamten Familie drohte. Die NKVD-Funktionäre wollten die verhörten Personen zunächst durch die Aussicht auf Freilassung oder Strafminderung zur Zusammenarbeit bewegen. Wenn die Betreffenden jedoch auch weiterhin jegliche Schuld von sich wiesen und nicht einmal allgemein bekannte Informationen preisgaben, griff man zu gezielten Foltermethoden: Die verhörten Personen wurden mit Gummiknüppeln geschlagen oder mussten auf umgedrehten Schemeln sitzen. Finger wurden in Türspalten oder Schubladen eingezwängt. Auch vor elektrischen Stromstößen schreckte man nicht zurück. Die Betreffenden wurden mit grellem Lampenlicht geblendet und mussten sich dabei die Beschimpfungen der NKVD-Funktionäre anhören, die sowohl ihren katholischen Glauben als auch den polnischen Staat verspotteten. Zahlreiche Personen gelangten infolge dieser brutalen Untersuchungsmethoden an den Rand der totalen physischen und psychischen Erschöpfung. Einige wurden im Laufe der Verhöre zu Tode gequält.<sup>21</sup>

Anfang 1940 ging die sowjetische Besatzungsmacht noch radikaler gegen die einheimische polnische Bevölkerung vor. Der staatliche Sicherheitsapparat der UdSSR leitete intensive Maßnahmen ein, um die in den annektierten Gebieten lebenden Polen aus ihren angestammten sozialen Milieus herauszureißen und geographisch in alle Himmelsrichtungen zu

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> GŁOWACKI, Organizacja, S. 19-20; KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 77.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> GŁOWACKI, Organizacja, S. 20-22; JERZY WEGIERSKI, Lwów pod okupacją sowiecką 1939–1941, Warszawa 1991, S. 151; KRZYSZTOF ZAMORSKI / STANISŁAW STARZEWSKI, Sprawiedliwość sowiecka, Warszawa 1994, S. 255-263; ELŻBIETA KOTARSKA, Proces czternastu, Warszawa 1998, S. 43.

zerstreuen. Die Repressionen steigerten sich aufgrund der Politik des Kreml, der eine Vernichtung oder zumindest entscheidende Schwächung der polnischen Bevölkerungsteile im westlichen Weißrussland und in der Westukraine anstrebte. Beeinflusst wurde das sowjetische Vorgehen auch von der weiteren Entwicklung der polnischen Untergrundbewegung, die der legalen Staatsgewalt der polnischen Exilregierung unterlag.<sup>22</sup>

Die einzelnen Entscheidungen über die Durchführung von Deportationen wurden von den Machthabern im Kreml jeweils auf höchster Ebene – in Abhängigkeit von der Zustimmung Stalins – gefällt. Die Beschlüsse erstreckten sich de facto auf alle gesellschaftlichen Gruppen und Nationalitäten der Zweiten Polnischen Republik, die gleichsam in Kollektivhaft genommen wurden. Die von den sowjetischen Sicherheitsorganen durchgeführten Zwangsumsiedlungen der Zivilbevölkerung in Ostpolen zeugten von einer besonderen Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit. <sup>23</sup> Im Zuge der Deportationen verloren Tausende unschuldiger Menschen ihr Leben – nur deshalb, weil sie Bürger des polnischen Staates waren.

Die sowjetische Besatzungsmacht maß der effizienten Durchführung der Deportationen enorme Bedeutung zu. Bereits seit Dezember 1939 traf man daher breitangelegte Vorbereitungen für die Aussiedlung von Militärsiedlern, Zivilisten und Mitarbeitern der staatlichen Forstverwaltung mit ihren Familien. <sup>24</sup> Bis 5. Januar 1940 erstellte man unter dem Vorwand der Registrierung von Tierbeständen und Wirtschaftsgebäuden genaue Listen der zu deportierenden Familien. Am 9. Januar 1940 ordnete Berija in einem Sonderbefehl die Bildung einer zentralen Kommission an, die die vorbereitenden Maßnahmen zur Deportation überwachen sollte. An deren Spitze stand Vsevolod Merkulov. Auf Verwaltungsbezirksebene schuf man hingegen spezielle dreiköpfige Operationsgruppen (sog. *spectrojki*) unter Leitung der jeweiligen NKVD-Bezirksverwaltungen, denen analog dazu dreiköpfige Operationseinheiten auf Rayonebene unterstanden. Als Exeku-

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Zentrales Militärarchiv Warschau (CAW), Stabsabteilung VI des Oberbefehlshabers [fortan: Stabsabteilung VI] Sign. 1770/90/403, Aussiedlungen aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, o. Datum; KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 80.

DANIEL BOĆKOWSKI, Czas nadziei. Obywatele Rzeczypospolitej Polskiej w ZSRR i opieka nad nimi placówek polskich w latach 1940–1943, Warszawa 1999, S. 51 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Da die Angehörigen der staatlichen Forstverwaltung in Ostpolen von Offizieren des militärischen Nachrichtendienstes auf die Durchführung von Sabotageakten im Falle eines sowjetischen Überfalls auf Polen entsprechend vorbereitet worden waren, fielen auch sie der Deportation ins Landesinnere der UdSSR zum Opfer. Dabei spielte auch die Nützlichkeit der Forstbediensteten für Partisanenverbände eine Rolle. Diese soziale Gruppe stellte für die sowjetische Besatzungsmacht daher eine besonders große Gefahr dar. In einer ganz ähnlichen Situation befanden sich die Militärsiedler, die zur Festigung ihres polnischen Nationalbewusstseins in den Kresy eigene Ländereien erhalten hatten.

tivorgane auf unterster Ebene fungierten operative Sondergruppen, die sich aus Funktionären und Soldaten des NKVD sowie aus Milizangehörigen und dem Parteiaktiv der KP(b)U zusammensetzten.<sup>25</sup>

Mitte Januar 1940 schlossen die sowjetischen Machthaber in Ostpolen die Planungsarbeiten zur technischen Durchführung der Deportationen ab. Laut den Anweisungen des NKVD zur Vorgehensweise während der Aussiedlungsaktionen durfte in keinem Fall zugelassen werden, dass sich vor den Häusern der Deportierten größere Menschenmengen versammelten. Die Instruktionen legten vielmehr eine harte, entschlossene Gangart nahe, bei der jegliches öffentliches Echo und panikartige Reaktionen unbedingt zu vermeiden waren. <sup>26</sup>

Der sowjetische Sicherheitsapparat hatte erhebliche Probleme mit der zahlenmäßigen Größe der Operationsgruppen. Daher kommandierte man wiederholt NKVD-Funktionäre aus anderen Regionen der UdSSR nach Polen ab. Die personellen Lücken wurden durch Rotarmisten, Milizangehörige und Parteiaktivisten aufgefüllt. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte ferner Schwierigkeiten mit der Beschaffung einer entsprechenden Anzahl von breitgleisigen Eisenbahnwaggons und beim Transport von Menschen unter winterlichen Witterungsbedingungen.<sup>27</sup>

Die Deportation der Militärsiedler und Forstbediensteten wurde in der Nacht zum 10. Februar 1940 durchgeführt. An der Operation waren Dutzende von NKVD-Funktionären, Rotarmisten, Milizangehörigen und Mitarbeitern des Partei- und Verwaltungsapparats, aber auch zahlreiche lokale Aktivisten vor Ort beteiligt. Die Aussiedlungsaktion fand unter äußerst schwierigen Witterungsbedingungen statt (bei einer Temperatur vor Ort von unter minus 35 Grad). Dies hatte insbesondere bei Kindern und älteren Menschen eine hohe Sterberate zur Folge. Die sowjetischen Behörden sahen vor, dass jede Familie für die Vorbereitung des Reisegepäcks zwei Stunden Zeit hatte. Die Mitglieder der Operationsgruppen drängten jedoch

STANISŁAW CIESIELSKI u. a. , Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej, Wrocław 1994, S. 337; J. S. PAWŁOW, Represjonowanie polskich osadników w zachodnich obwodach Białorusi 1918–1945. Zbiór dokumentów, hg. v. WIESŁAW BALCERAK, Warszawa 1994, S. 126; ALEKSANDER CHACKIEWICZ, Aresztowania i deportacje społeczeństwa zachodnich obwodów Białorusi 1939–1941, in: Społeczeństwo białoruskie, litewskie i polskie na ziemiach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej (Białoruś Zachodnia i Litwa Wschodnia) w latach 1939–1941, hg. v. MAŁGORZATA GIŻEJEWSKA / TOMASZ STRZEMBOSZ, Warszawa 1995, S. 120-137, hier S. 121 ff.

ALBIN GŁOWACKI, O deportacji osadników wojskowych w głąb ZSSR w świetle dokumentów NKWD, in: Mars 2 (1994), H. 2, S. 111-144, hier S. 118.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 84; GRZEGORZ HRYCIUK, Zasady i tryb deportacji. Liczebność i rozmieszczenie zesłańców, in: Życie codzienne polskich zesłańców w ZSRR w latach 1940–1946. Studia, hg. v. STANISŁAW CIESIELSKI, Wrocław 1997, S.11-43, hier S. 14.

zur Eile, da sie den Widerstand der Betroffenen befürchteten. Die Deportierten durften bis zu 500 kg Gepäck pro Familie mitnehmen, u. a. Kleidung, Bettwäsche, Kochgeschirr, kleine landwirtschaftliche Geräte, Bargeld und persönliche Wertgegenstände. Sie mussten allerdings ihr gesamtes Immobilienvermögen und Inventar zurücklassen, das den lokalen NKVD-Verwaltungen zur Verfügung gestellt werden sollte.<sup>28</sup>

Die Überführung zu den Bahnstationen und die späteren Eisenbahntransporte ins Landesinnere der UdSSR fanden unter sehr beschwerlichen Bedingungen statt. Die Züge setzten sich in der Regel aus 55 Waggons zusammen, von denen 49 Güterwaggons dem Transport von Menschen angepasst wurden, sowie aus einem Personenwaggon für den Begleitschutz, einem Sanitätswaggon und vier weiteren Waggons für größeres Gepäck. Ein Zugtransport beförderte durchschnittlich etwa 1.500 Menschen. Während der Deportationen im Februar 1940 wurden insgesamt 140.000 Personen – zumeist Polen – umgesiedelt.<sup>29</sup>

In der Nacht zum 13. April 1940 sandte die sowjetische Besatzungsmacht unter erneuter Anwendung des Prinzips der Kollektivhaftung einen weiteren Deportationszug mit polnischen Staatsbürgern auf den Weg nach Osten. Dieser Transport umfasste vor allem die Familienangehörigen der bereits früher vom NKVD festgenommenen Personen sowie sich im Ausland verbergende bzw. aufhaltende Polen. Der Deportationszug wurde ausschließlich mit Hilfe von Begleitschutz und NKVD-Grenzschutztruppen sowie operativen Einheiten und Milizangehörigen durchgeführt. In dessen Verlauf wurden etwa 66.000 Menschen deportiert. 30 Unter den Deportierten überwogen Einwohner von Städten, darunter vor allem Frauen und Kinder sowie ältere Personen. Ganz offensichtlich bestand ein Zusammenhang zwischen dem Deportationszug vom April 1940 und der von den obersten Machthabern im Kreml am 5. März 1940 angeordneten Erschie-Bung von 14.700 polnischen Kriegsgefangenen der Lager Kozielsk, Ostaškov und Starobielsk sowie 11.000 Menschen, die damals in Gefängnissen auf dem Boden der Westukraine und des westlichen Weißrusslands festgehalten wurden. Die Initiative stammte ursprünglich von Berija, der in einem Anfang März 1940 verfassten Schreiben an Stalin erklärte, dass diese Kriegsgefangenen unversöhnliche Feinde der UdSSR seien. 31 Es steht

Deportacje obywateli polskich z Zachodniej Ukrainy i Zachodniej Białorusi w 1940 roku, bearb. v. WASSILI CHRISTOFOROW, Warszawa / Moskwa 2003.

 $<sup>^{29}\,</sup>$  Aleksandr Gur'janov, Cztery deportacje , in: Karta 12 (1994), S. 114-136, hier S. 115-117 und 125.

 $<sup>^{30}\,</sup>$  Ebd.; CAW Abteilung VI, 1770/90/403, Wysiedlenia z okupacji sowieckiej, o. D.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Katyń. Dokumenty ludobójstwa. Dokumenty i materiały archiwalne przekazane Polsce 14 października 1992 roku, Warszawa 1992, S. 39.

jedoch zweifelsfrei fest, dass erst die Zustimmung des sowjetischen Diktators das Schicksal der Betreffenden endgültig besiegelte. Stalins Entscheidung wurde sicherlich auch vom Wunsch diktiert, für die Niederlage seines Landes im Krieg von 1920 an den polnischen Offizieren Rache zu üben.

Die verschärfte Vorgehensweise Moskaus gegenüber polnischen Staatsbürgern zeigte sich schließlich in einer dritten Deportationsaktion, die in der Nacht zum 29. Juni 1940 eingeleitet wurde und sich auf Flüchtlinge aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten erstreckte. Im Verlauf dieser Aktion wurden ca. 76.000 Menschen deportiert.<sup>32</sup>

Im Mai 1941 ging der sowjetische Sicherheitsapparat zu einer weiteren - bereits vierten - Deportation der Bevölkerung aus den ostpolnischen Gebieten über. Die fast einjährige Unterbrechung resultierte aus der im Sommer 1940 durchgeführten militärischen Besetzung der baltischen Staaten, Bessarabiens und der zu Rumänien gehörigen nördlichen Bukowina, in denen der staatliche Sicherheitsapparat der UdSSR damals seine gesamten Kräfte konzentrierte. Die Machthaber im Kreml gingen damals wohl davon aus, dass die drei vorherigen Deportationen bereits erheblich zur Schwächung der polnischen Bevölkerung in der Westukraine und im westlichen Weißrussland beigetragen hatten. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass die sowjetischen Besatzer nach der Niederlage Frankreichs Mitte 1940 und angesichts der Perspektive eines militärischen Konflikts mit dem Dritten Reich danach strebten, die Lage der polnischen Bevölkerung in den sowietisch besetzten Gebieten Polens sichtbar zu verbessern. Stalin erwog in dieser Zeit wohl auch die Möglichkeit der Neubildung einer Form von polnischer Staatlichkeit, was ihm mit Sicherheit das Wohlwollen der Polen verschafft und das Hinterland der Front unmittelbar gesichert hätte.

Nach sorgfältigen Vorbereitungen wurde die vierte Deportationsaktion in drei Etappen durchgeführt. Am 21. Mai 1941 ordnete Berija den Beginn der Zwangsaussiedlungen aus den Gebieten der Westukraine an. Am 14. Juni 1941 kam es zu den ersten Massendeportationen unter den Einwohnern Litauens, Lettlands und Estlands, die in der Nacht zum 20. Juni 1941 auch die Bevölkerung des westlichen Weißrusslands erfassten. Während der vierten großen Deportationswelle gelangten ca. 85.000 Menschen ins Landesinnere der Sowjetunion. Diese Umsiedlungsmaßnahmen konnten jedoch aufgrund des deutschen Überfalls auf die UdSSR nicht abgeschlossen werden.<sup>33</sup>

Im Laufe der vier Massendeportationen überführten die sowjetischen Sicherheitsorgane insgesamt über 316.000 polnische Staatsbürger aus den

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> CIESIELSKI u. a., Deportacje, S. 54; GUR'JANOV, Deportacje, S. 119.

<sup>33</sup> HRYCIUK, Zasady, S. 29.

Ostgebieten Polens ins Landesinnere der UdSSR.<sup>34</sup> Die Machthaber im Kreml begründeten diese Maßnahmen mit der scheinbaren Notwendigkeit, die öffentliche Sicherheit in den umliegenden Grenzregionen zu stärken. Das Hauptziel aller Deportationen bestand jedoch in Wirklichkeit darin, die Präsenz der polnischen Bevölkerung in den 1939 eroberten Gebieten entscheidend zu schwächen, indem man sich aller als gefährlich erachteten Personen entledigte.

Seit Anfang 1940 unterwanderte der NKVD die polnische Untergrundbewegung mit zunehmendem Erfolg. Aufgrund gut organisierter Spionagenetze gewannen die sowjetischen Sicherheitsorgane immer mehr Informationen über Struktur und Zusammensetzung einzelner konspirativer Organisationen sowie über deren Fernmeldeverbindungen, Waffenmagazine und Archive. Die Nichtbeachtung elementarer Konspirationsgrundsätze seitens einiger Mitglieder der Untergrundbewegung erleichterte die Tätigkeit des NKVD zweifellos erheblich. Solcherart Fahrlässigkeiten zeugten von mangelnder Erfahrung und der Unterschätzung der sowjetischen Besatzungsmacht. Infolgedessen kam es zu Massenverhaftungen und zu einer relativ unbehinderten Infiltration polnischer Untergrundorganisationen durch den NKVD.<sup>35</sup>

Im Frühjahr 1940 gingen die staatlichen Sicherheitsorgane der UdSSR zur vollständigen Zerschlagung des polnischen Untergrunds in Lemberg und anderen städtischen Zentren der Westukraine über. Bis Mitte April 1940 nahm der NKVD ca. 900 Personen in Gewahrsam. <sup>36</sup> Die meisten Mitglieder der polnischen Untergrundbewegung wurden in den Verwaltungsbezirken Lemberg, Stanislau und Tarnopol verhaftet.

Die Liquidierung der Gebietskommandantur Nr. 3 der regionalen Unterabbteilung 1 des Bundes für den bewaffneten Kampf der Heimatarmee (*Związek Walki Zbrojnej Armii Krajowej*, ZWZ-AK) im März und April 1940 bedeutete einen schweren Rückschlag für die polnische Konspiration.<sup>37</sup> Dabei nahm der NKVD unter anderem den stellvertretenden

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Gur'JANOV, Deportacje, S. 125.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Ostarchiv des Zentrums "Karta", Warschau (AW), Kopiensammlung aus dem Hoover-Institut, V/MID/08, Nachrichtenmitteilung der II. Stabsabteilung des Oberbefehlshabers vom 17.12.1940; KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 96.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Polskie podziemie 1939–1941. Polska i Ukraina w latach trzydziestych – czterdziestych XX wieku. Nieznane dokumenty z archiwów służb specjalnych. Bd. 1: Lwów-Kolomyja-Stryj-Złoczów, Warszawa / Kijów 1998, S. 65.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Der ZWZ-AK wurde am 13. November 1939 von General Władysław Sikorski gegründet. In Lemberg waren zwei Organisationen unter dieser Bezeichnung tätig: Der von Oberst Żebrowski angeführte ZWZ-1 und der ZWZ-2, an dessen Spitze Major Alfons Klotz und Oberstleutnant Jan Sokołowski standen. Trotz wiederholter Bemühungen konnten diese beiden Organisationen aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten nicht vereinigt

ZWZ-Kommandanten Oberstleutnant Karol Dziekanowski und Stabschef Major Antoni Lewicki fest, sowie zahlreiche andere Personen aus dem innersten Führungszirkel des ZWZ-1. Im Verlauf dieser Verhaftungsaktion wurde auch der Befehlshaber der Gebietskommandantur Nr. 3, Oberst Władysław Żebrowski, enttarnt, der sich von Lemberg nach Rumänien durchschlagen wollte, aber beim Überschreiten der Grenze von NKVD-Soldaten erschossen wurde. Seinen Nachfolger, Oberstleutnant Władysław Kotarski, nahmen Funktionäre des sowjetischen Sicherheitsapparats bereits wenige Tage nach Amtsantritt in Gewahrsam. Die Festnahmen von Personen aus dem innersten Führungszirkel zeugten davon, dass der NKVD den ZWZ-1 offensichtlich enttarnt hatte. Im November 1940 wurden 13 Mitglieder des ZWZ-1 in einem Gerichtsprozess zum Tode verurteilt. Im Frühjahr 1940 erlitten auch andere Untergrundorganisationen in Lemberg (unter anderem der ZWZ-2) erhebliche personelle Verluste.

Im Laufe des Frühjahres 1940 wurde der polnische Untergrund in Lemberg vom NKVD vollständig unterwandert. Der sowjetische Sicherheitsapparat gewann dabei durch angeworbene geheime Informanten auch die Kontrolle über den ZWZ-1. Als NKVD-Agent in dieser Organisation fungierte Major Emil Macieliński, der seit Mai 1940 die Gebietskommandantur Nr. 3 des ZWZ-1 leitete. Eine der Hauptaufgaben des NKVD bestand in der Lähmung von Nachrichtendienst und Spionageabwehr des ZWZ-1. Dessen Fernmeldewesen stand unter dem Kommando von Hauptmann Edward Metzger, der insgeheim mit dem NKVD zusammenarbeitete. Die sowjetische Besatzungsmacht nutzte den Geheimdienst des ZWZ-1 und andere infiltrierte Untergrundorganisationen dazu aus, um nähere Informationen aus den vom NS-Regime okkupierten Gebieten Polens zu gewinnen. Dabei übermittelte man der Exilregierung unter General Władysław Sikorski gezielt Fehlinformationen über die Lage in den sowjetisch besetzten Territorien. Die vom NKVD eingeleiteten Maß-

werden. Die Abkürzungen ZWZ-1 und ZWZ-2 entstammen der einschlägigen Forschungsliteratur und waren zur Zeit der sowjetischen Besatzungsherrschaft nicht geläufig; RAFAŁ WNUK, "Za pierwszego Sowieta." Polska konspiracja na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej (wrzesień 1939 – czerwiec 1941 r.), Warszawa 2007, S. 40 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> GRZEGORZ MAZUR, Walka NKWD ze Związkiem Walki Zbrojnej na Kresach Południowo-Wschodnich w świetle dokumentów polskich archiwów w Londynie, in: Europa nieprowincjonalna. Przemiany na ziemiach wschodnich dawnej Rzeczypospolitej (Białoruś, Litwa, Łotwa, Ukraina, wschodnie pogranicze III Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1772 –1999), hg. v. Krzysztof Jasiewicz, Warszawa / Londyn 1999, S. 669-670; Kotarska, Proces, S. 246 ff.; Jerzy Wegierski, Lwów pod okupacją, S. 86 ff.

 $<sup>^{39}\,</sup>$  Wnuk, "Za pierwszego Sowieta", S. 90-95; Mazur, Walka, S. 675 f; Kołakowski, NKWD, S. 98 f.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Ebd., S. 101 f.

nahmen zur Instrumentalisierung der polnischen Untergrundorganisationen in Hinblick auf die unter deutscher Besatzungsherrschaft stehenden Gebiete wurden im Frühjahr 1941 verstärkt, während umgekehrt Hitlers Vorbereitungen für den Angriff auf die UdSSR auf Hochtouren liefen.

Die vollständige Unterwanderung des ZWZ-AK in der Westukraine war erst dadurch möglich geworden, dass Grenzschutztruppen des NKVD im Januar 1940 die Kuriere der polnischen Exilregierung in Frankreich – die Gebrüder Józef und Stanisław Żymierski sowie Tadeusz Strowski – festgenommen hatten. Denn durch deren umfangreiche Geständnisse und die Entschlüsselung der dabei gewonnenen geheimen Instruktionen konnten Organisationstruktur, Fernmeldeverbindungen und Arbeitsmethoden des Bundes für den bewaffneten Kampf aufgedeckt werden. ZWZ-1 und ZWZ-2 in Lemberg blieben bis zum Ende der sowjetischen Besatzungsherrschaft in Ostpolen unter der Kontrolle des NKVD. Der Sicherheitsapparat der UdSSR leitete mit Hilfe des Lemberger Spionagenetzes auch Maßnahmen zur Enttarnung der ZWZ-AK-Bezirke Białystok und Wilna ein.

Nach der im Juni 1940 erfolgten Einnahme Litauens und des Wilna-Gebiets durch die Rote Armee ging der NKVD zur Verhaftung der dort lebenden polnischen Staatsbürger über. Die Festnahmen häuften sich unmittelbar vor den für Mitte Juli 1940 anberaumten Wahlen zur litauischen Volksversammlung. Die sowjetischen Sicherheitsorgane stellten dabei nicht nur Reserveoffiziere, Richter und Staatsanwälte, sondern auch Vertreter der Intelligenz und Handwerker unter Arrest.<sup>42</sup> Im Herbst 1940 kam es darüber hinaus auch im ZWZ-AK-Bezirk Wilna zu ersten Verhaftungen.

Anfang Oktober 1940 verfassten Funktionäre der NKVD-Verwaltung Kaunas ausführliche Richtlinien hinsichtlich der angestrebten Zerschlagung des polnischen "nationalistischen" Untergrunds im Wilna-Gebiet. Diese an die lokalen Strukturen des sowjetischen Sicherheitsapparats weitergeleitete Instruktion legte das Hauptaugenmerk auf die Unterwanderung aller als feindlich betrachteten sozialen Milieus, darunter Offiziere, Pfarrer, Lehrer, politische oder gesellschaftliche Aktivisten, Flüchtlinge aus Zentral- und Westpolen sowie Staatsbeamte. Darüber hinaus bewahrte man das gesamte Untersuchungsmaterial an einem Ort auf und ordnete eine gesonderte Behandlung der wichtigsten Angelegenheiten an. <sup>43</sup> Einen weiteren Schritt

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Ebd, S. 99; GRZEGORZ MAZUR, Z początków Związku Walki Zbrojnej we Lwowie. Misja mjr. Strowskiego, in: Studia Historyczne 44 (2001), H. 1, S. 75-93; Polskie podziemie na terenach Zachodniej Ukrainy i Zachodniej Białorusi w latach 1939–1941, hg. v. WIKTOR KOMOGOROW, Bd. 1, Warszawa / Moskwa 2001, S. 715.

 $<sup>^{42}\,</sup>$  AW, Kopiensammlung des Hoover-Instituts, V/MID/61, Auszug aus den Berichten über das Wilna-Gebiet v. 28. August 1940.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> WNUK, "Za pierwszego Sowieta", S. 345.

auf dem Weg der Enttarnung der polnischen Untergrundbewegung bildete die im Dezember 1940 erfolgte Entsendung einer NKVD-Sondergruppe nach Wilna, an deren Spitze Hauptmann Matusov stand. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Infiltrierung der polnischen Konspiration. Um die Jahreswende 1940/41 ließ der NKVD auch gewöhnliche Mitglieder polnischer Untergrundorganisationen verhaften. In den Anfangsmonaten des Jahres 1941 erzielten die Funktionäre des sowjetischen Sicherheitsapparats mehrere spektakuläre Einzelerfolge, u. a. durch die Übernahme des ZWZ-AK-Archivs in Wilna.<sup>44</sup>

Im März und April 1941 machte sich der NKVD an die gewaltsame Auflösung des Wilnaer ZWZ-AK. Zu diesem Zweck ließ man am 13. April 1941 den Chef der dortigen Gebietskommandantur, Oberstleutnant Nikodem Sulik, verhaften. Außerdem wurden zahlreiche Personen aus dem innersten Führungszirkel festgenommen, darunter der Leiter des Nachrichtendienstes, Oberstleutnant Zygmunt Cetnerowski. Nach einschlägigen Schätzungen gerieten damals 272 Personen in die Fänge des sowjetischen Sicherheitsapparats. Trotz intensiver Bemühungen gelang es dem NKVD nicht, sämtliche Strukturen des Wilnaer ZWZ-AK zu zerschlagen. Dabei konnte sich auch der dortige Gebietskommandant, Oberstleutnant Aleksander Krzyżanowski, einer Verhaftung entziehen. Dennoch sah sich der ZWZ-AK dazu gezwungen, seine Aktivitäten im Wilna-Gebiet fortan stark einzuschränken.

Im Zuge der Verhaftungswelle vom Frühjahr 1940 konnte der sowjetische Sicherheitsapparat auch die Tätigkeit des ZWZ-AK im Verwaltungsbezirk Baranowicze erheblich schwächen. Ähnlich gestaltete sich die Lage in der Region Białystok, wo die personelle Basis des ZWZ-AK weitgehend unterwandert wurde. Im April 1941 gelang dem NKVD durch die Verhaftung von 234 Personen auch die Desintegration der ZWZ-AK-Strukturen im Raum Grodno. 46

Im Laufe des Jahres 1940 blieben auch andere polnische Untergrundorganisationen im westlichen Weißrussland vor zahlreichen Verhaftungen nicht verschont. Unter den festgenommenen Personen befanden sich u. a.

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Polskie podziemie, Bd. 1, S. 631-633; JERZY WOŁKONOWSKI, Okręg Wileński Zwiazku Walki Zbrojnej Armii Krajowej w latach 1939–1945, Warszawa 1996, S. 48; WNUK, "Za pierwszego Sowieta", S. 356 f.

Von 1.03. bis 30.05.1941 stellten die sowjetischen Sicherheitsorgane 328 Personen unter Arrest; WANDA ROMAN, Konspiracja polska na Litwie i Wileńszczyźnie, wrzesień 1939 – czerwiec 1941. Lista aresztowanych, Toruń 2001, S. 73.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Polskie podziemie, Bd. 1, S. 639; WNUK, "Za pierwszego Sowieta", S. 203 ff.; KRZYSZTOF KRAJEWSKI, Na ziemi nowogródzkiej. NÓW – Nowogródzki Okręg Armii Krajowej Warszawa 1997, S. 13; ZDZISŁAW GWOZDEK, Białostocki Okręg ZWZ AK, październik 1939 – styczeń 1941. Bd. 1, Białystok 1993, S. 15 f.

Mitglieder der Todesbataillone der Grenzschützen (*Bataliony Śmierci Strzelców Kresowych*, BŚSK) und der Polnischen Militärorganisation (*Polska Organizacja Wojskowa*, POW) sowie des Bundes für ein Freies Polen (*Związek Wolnej Polski*, ZWP) und der Polnischen Befreiungsarmee (*Polska Armia Wyzwolenia*, PAW). Während einige dieser Organisationen vom NKVD vollständig zerschlagen wurden, konnten andere trotz schwerer personeller Verluste bis zum Ende der ersten sowjetischen Besatzungsherrschaft überleben. Laut der am 27. Juli 1940 verfassten Mitteilung des NKVD-Volkskommissars für Weißrussland, Lavrentij Canava, konnte der sowjetische Sicherheitsapparat im westlichen Weißrussland insgesamt 109 konspirative Gruppierungen und Organisationen mit 3.231 Mitgliedern aufdecken und beseitigen.<sup>47</sup>

Die Warschauer Hauptkommandantur des ZWZ-AK unter General Stefan Rowecki zeigte sich über die damalige Lage in den östlichen Grenzgebieten Polens zutiefst besorgt. Dies kam in einer Meldung Roweckis an die Londoner Exilregierung vom November 1940 deutlich zum Ausdruck:

"Auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungsherrschaft ist die Arbeit erheblich schwieriger als im Generalgouvernement. Dies resultiert vor allem daraus, dass die Bolschewiki über einen weitaus größeren Polizeiapparat verfügen, die polnische Sprache verstehen und große Unterstützung bei ortsansässigen Elementen genießen: Ukrainern, Weißrussen, und vor allem Juden. [Die Bolschewiki] haben ferner viele Anhänger unter der Jugend, die bevorzugt wird und der man Stellen verschafft."

Im Frühjahr 1941 wies die Moskauer Zentrale des staatlichen Sicherheitsapparats der Sowjetunion ihre untergeordneten Organe in Weißrussland, Litauen und der Ukraine an, die operativen Aktivitäten gegen die polnische Untergrundbewegung trotz der bereits erzielten erheblichen Erfolge weiter zu verstärken. <sup>49</sup> Die Machthaber im Kreml beunruhigte nämlich die Tat-

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> MICHAŁ GNATOWSKI, W radzieckich okowach. Studium o agresji 17 września 1939 i radzieckiej polityce w regionie łomżyńskim w latach 1939–1941, Łomża 1997, S. 122; OLEG A. GORLANOV / ARSENIJI D. ROGINSKI, Ob arestach v zapadnych oblastiach Belorussii i Ukrainy v 1939–1941 gg, in: Repressii protiv polakov i pol'skich graždan, Bd. 1, hg. v. ALEKSANDR GUR'JANOV, Moskva 1997, S. 88 und 97-113.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Zit. nach: Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945. Bd. 1, hg. v. TADEUSZ PELCZYŃSKI, Szczecin 1989, S. 346.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Die Leitlinien der Moskauer Zentrale vom 21. April 1941 lauteten wie folgt: "1.) Die Tätigkeit der operativen Spionagenetze in Hinblick auf polnische nationalistische Gruppierungen ist zu verstärken. 2.) Bis 15. Mai 1941 ist ein ausführlicher Bericht über die seit Januar 1941 zur Enttarnung und Liquidierung des polnischen nationalistischen Untergrunds unternommenen Aktivitäten der operativen Spionagenetze vorzulegen. Im Bericht sind unbedingt die Namen der liquidierten Organisationen, die Anzahl der enttarnten und verhafteten Organisationsmitglieder sowie die Anzahl der konfiszierten Waffen und technischen

sache, dass die konspirativen Organisationen in Polen trotz großer Verluste ihre inneren Strukturen wieder aufgebaut hatten und sogar Militäraktionen gegen Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht unternahmen. Dabei ist zu betonen, dass der Sicherheitsapparat der UdSSR nicht überall effektiv funktionierte und mitunter sogar elementare Fehler beging.

In den Jahren 1939 bis 1941 nahmen NKVD und NKGB in den sowjetisch besetzten Gebieten Polens insgesamt 107.140 Personen in Gewahrsam. <sup>50</sup> Wesentliche Gründe für eine Festnahme bestanden abgesehen von konspirativen Aktivitäten im mangelnden Gehorsam gegenüber den Anordnungen der Besatzungsbehörden und in der Nichterfüllung landwirtschaftlicher Förderkontingente, aber auch in der sozialen Herkunft bzw. exponierten Stellung der Betreffenden vor Kriegsausbruch. Bezeichnenderweise erweiterte sich der Kreis der unterdrückten Personen in dem Maße, in dem sich der NKVD in den besetzten polnischen Gebieten immer besser auskannte.

Nach dem Überfall des Dritten Reiches auf die UdSSR ordnete Berija die Evakuierung sämtlicher Häftlinge aus den Frontgebieten an. Aufgrund des für die sowjetische Seite ungünstigen Verlaufs der eingeleiteten Maßnahmen unterlag diese Anweisung gewissen Modifikationen. Denn man entschloss sich letztendlich zur Erschießung aller Personen, die zum Tode verurteilt worden waren oder denen hohe Gerichtsstrafen drohten oder die sich in einem bettlägerigen, körperlich stark geschwächten Zustand befanden. Die Zwangsevakuierungen erfassten vor allem Häftlinge, gegen die ein Untersuchungsverfahren zur Aufdeckung "konterrevolutionärer" Aktivitäten eingeleitet worden war.<sup>51</sup>

Die NKVD-Funktionäre führten die Exekutionen zumeist in den Haftzellen oder auf Gefängnishinterhöfen durch. Darüber hinaus kam es auch zur Einmauerung von Häftlingen bei lebendigem Leib. Ein Teil der Gefangenen wurde vor der Hinrichtung gefoltert. Einige Menschen wurden dabei geradezu massakriert und ihre Körper mit Bajonetten durchbohrt. Die Opfer wiesen oftmals abgerissene Finger- und Zehennägel sowie abge-

Ausrüstungsgegenstände anzugeben. 3.) Bis zum gleichen Zeitpunkt sind ausführliche Informationen über alle von Euch durchgeführten Dekonspirierungsmaßnahmen bezüglich der polnischen nationalistischen Gruppierungen, sowie Charakteristiken und Fotos der diesbezüglich wertvollsten Agenten zu übersenden. 4.) Es muss eine systematische Berichterstattung über die aufgedeckten polnischen nationalistischen Gruppierungen organisiert werden, wobei danach zu streben ist, uns nicht seltener als einmal im Monat über den Verlauf der Aufdeckung von erworbenen Materialien und geplanten Aktivitäten operativer Spionagenetze in Kenntnis zu setzen", zitiert nach Polskie podziemie, Bd. 1, S. 641.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> GORLANOV / ROGINSKI, Ob arestach, S. 97.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Krzysztof Popiński u. a., Drogi śmierci. Ewakuacja więzień sowieckich z Kresów Wschodnich II Rzeczypospolitej w czerwcu i lipcu 1941 r., Warszawa 1995, S. 74 ff.

schnittene Finger und Ohren auf. Allein im Gefängnis von Lemberg an der Łacki-Straße ließ man ca. 1.000 Häftlinge ermorden.<sup>52</sup>

Die Funktionäre des sowjetischen Sicherheitsapparats verübten auch im Verlauf der Evakuierungsmaßnahmen zahlreiche Morde, um eine gewaltsame Übernahme von Gefangenen durch deutsche Truppen möglichst zu verhindern. Nach einschlägigen Schätzungen wurden von den dabei aus dem westlichen Weißrussland in den Osten deportierten 16.000 Personen ca. 1.000 getötet. Die Zwangsaussiedlungen in der Westukraine erfassten sogar 20.000 Menschen, von denen etwa 11.000 ums Leben kamen. Zahlreiche Häftlinge hielten zudem die mehrtägigen beschwerlichen Fußmärsche nicht aus, andere wiederum wurden bei Fluchtversuchen erschossen. Ein Teil der Gefangenen starb infolge der deutschen Bombenangriffe. Sienen ganz ähnlichen Verlauf nahm die Zwangsevakuierung der polnischen Kriegsgefangenen aus westukrainischen Lagern, bei der ca. 2.000 Soldaten der Polnischen Armee ihr Leben verloren.

Die vom NKVD/NKGB durchgeführten Verhaftungen und Deportationen hatten zur Folge, dass die polnische Untergrundbewegung in den östlichen Grenzgebieten im Jahre 1941 weitgehend zerschlagen werden konnte. An ihrer Entfaltung behindert wurde die polnische Konspiration ferner durch die im Vorfeld des deutsch-sowjetischen Krieges intensivierte Tätigkeit des politischen und militärischen Nachrichtendienstes der UdSSR. Die Funktionäre des NKVD/NKGB waren auf ihre operativen Aufgaben gut vorbereitet und verfügten über ein weitverzweigtes, leistungsfähiges Spionagenetz. Die häufig angewandten Mittel des Terrors und der Intrige bewirkten zudem, dass lediglich vereinzelte konspirative Strukturen vor Ort überlebten, die nicht mehr in Kontakt zur Zentrale standen. Die polnische Bevölkerung war sich vor allem in der ersten Phase der Besatzungsherrschaft nicht über die tatsächliche Durchschlagskraft und Funktionstüchtigkeit des sowjetischen Sicherheitsapparats im Klaren, der die ihm gestellten Aufgaben auf rücksichtslose Weise zu erfüllen verstand.

<sup>52</sup> KOŁAKOWSKI, NKWD, S. 122.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> ALBIN GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941, Łódź 1998, S. 299; WNUK, "Za pierwszego Sowieta", S. 371 f.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> POPIŃSKI u. a., Drogi, S. 124.